

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 04.03.2024

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte

Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE

Telefon: (03 85) 5 545 29 57

Antrag Drucksache Nr.

01148/2024

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Wohngemeinschaften für junge Erwachsene in Problemsituationen ermöglichen

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Jugendhilfeplanung im HzE-Bereich, Wohnformen für junge Erwachsene in Problemlagen, zu berücksichtigen.

Begründung

Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und in der Verwaltung wird der HzE-Bereich bearbeitet und neue Planungsgrundlagen erarbeitet. Dabei steht als Aufgabe vor dem Unterausschuss und der Verwaltung die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Wohngruppen in der Stadt zu ermöglichen. Die Zahl der Unterbringungen in der der Stadt sind zu gering geworden und Kinder müssen in Einrichtungen außerhalb der Stadt untergebracht werden.

In der Drucksache Nr.: 00632/2022/PE erklärt die Verwaltung gleichzeitig: „Eine Wohngemeinschaft für junge Volljährige mit sozialpädagogischer Begleitung müsste sich konzeptionell entlang der aktuellen „Careleaver-Debatte“ ausgestalten, damit der besondere Charakter der inhaltlichen Arbeit verdeutlicht und Sozialisationswirkungen messbarer werden.“

Die Einreicherin bedankt sich bei der Verwaltung, die mit diesem Satz in ihrer Stellungnahme das Anliegen des Antrages noch einmal auf den Punkt bringt. Gleichzeitig anerkennt die Verwaltung damit den Sinn und somit die Notwendigkeit der Aufgabe, die im KJHG im pflichtigen Bereich angesiedelt ist. Daher sollte die Berücksichtigung in den weiteren Planungsprozessen nunmehr eine Selbstverständlichkeit sein. Da der Antrag mit Jugendlichen vorbereitet und diskutiert wurde, sollte er trotzdem von der Stadtvertretung bestätigt werden. Demokratie muss gerade für junge Menschen auch unmittelbare Ergebnisse zeigen. Hier bestünde die Möglichkeit dafür, da es zu diesem Thema kaum Differenzen zwischen der Einreicherin und dem örtlichen Träger der Jugendhilfe gibt.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender